Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Nr. 312/2026
Kiel, 13.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Illegale Glücksspiel-Anbieter wirksam bekämpfen!

„Es ist nicht vertretbar, dass die Gewinne illegal in die Taschen von Anbietern im Ausland wandern und der Staat sich gleichzeitig um die Auswirkungen kümmern muss, ohne dass sich diese Unternehmen daran beteiligen."

Sybilla Nitsch zu TOP 37 - Illegales Glücksspiel bekämpfen – wirksame Strafverfolgung sicherstellen (Drs. 20/5018)

Glücksspiel ist kein Spiel wie jedes andere. Für viele ist es ein Zeitvertreib oder die Hoffnung auf „leichtverdientes Geld". Für manche bleibt es aber dabei: Es wird zur Sucht, und mit der Sucht folgen Schulden und verlorene Perspektiven. Und sollte klar sein: Glückspiel ist schon lange kein Randthema mehr. Gerade im Internet, ist „die nächste Runde" oft nur wenige Klicks entfernt, und das rund um die Uhr.

Genau deshalb gibt es richtigerweise klare Regelungen, die die Spieler so gut wie möglich schützen sollen. Dazu gehören beispielsweise Einsatzlimits und Vorgaben zum Jugendschutz. Anbieter müssen diese Voraussetzung nachweisen, um eine Erlaubnis für das Angebot von Glücksspiel in Schleswig-Holstein zu erhalten.
Das ist wichtig, denn gespielt wird, egal was man persönlich davon halten mag. Wenn schon gespielt wird, dann wenigstens mit klar definierten Spielregeln, an denen sich die Anbieter messen lassen müssen.

Trotzdem gibt es immer mehr Anbieter ohne gültige Lizenz. Illegales

Glücksspiel: Ein Angebot ganz ohne Spieler- und Jugendschutz. Alterskontrollen, Sperrsysteme, Einsatz- und Einzahlungslimits? Fehlanzeige. Stattdessen ein wachsender Markt mit steigendem Angebot und steigender Nachfrage. Denn das Bild von „dunkeln Hinterzimmern“ als Symbolbild des illegalen Glücksspiels spiegelt längst nicht mehr die Realität wider. Stattdessen nutzen auch diese Anbieter leicht zu erreichende Webseiten. Der Fachverband Glücksspielsucht berichtet von über 800 Webseiten, die 2025 aus Deutschland erreichbar sind, in deutscher Sprache und mit dem Euro als Zahlungsmittel. Tendenz steigend.

Statt auch um den Schutz der Spielenden, geht es ihnen ausschließlich um eines: Geld. Das Glücksspiel-Survey 2025 geht von einem Ertrag zwischen 500-600 Millionen Euro allein im Jahr 2024 aus. Das zeigt deutlich: Es geht heute nicht um irgendeine Randerscheinung, sondern um ein Geschäft, mit dem sich viel Geld verdienen lässt. Das macht es auch zu einem beliebten Ziel für die organisierte Kriminalität, insbesondere da die Strafen aktuell überschaubar sind.
Daher ist es nur folgerichtig, dass wir uns heute diesem Thema annehmen und das illegale Glücksspiel stärker bekämpfen werden. Es ist nicht vertretbar, dass die Gewinne illegal in die Taschen von Anbietern im Ausland wandern und der Staat sich gleichzeitig um die Auswirkungen kümmern muss, ohne dass sich diese Unternehmen daran beteiligen.

Deshalb begrüßen wir insbesondere die erste Forderung, die dazu führen soll, dass auch im Ausland ansässige Unternehmen für ihre Angebote zur Verantwortung gezogen und strafrechtlich verfolgt werden können. Das ist ein Schritt, der unumgänglich ist, wenn man illegales Glücksspiel nachhaltig bekämpfen möchte.
Ähnlich positiv bewerten wir die geforderte Anpassung des Strafrahmens, die sich am Sportwettbetrug orientiert. Wer sich wissentlich über staatliche Vorgaben hinwegsetzt und dabei auch noch zusätzliche Schäden anrichtet, den gilt es auch entsprechend zur Rechenschaft zu ziehen.

Die zweite Forderung, die Ermöglichung von Telekommunikationsüberwachung, sehen wir hingegen kritisch. Ob dieser massive Grundrechtseingriff hier verhältnismäßig ist, daran haben wir noch Zweifel. Denn bei der Überwachung von Anbietern fallen zwangsläufig auch Kommunikationsdaten von Dritten an. Beispielsweise von Spielern die mit den Anbietern in Kontakt treten. Viele von ihnen wissen womöglich nicht einmal, dass ihre Poker-Runde auf einer illegalen Seite stattfindet.
Diese Menschen gilt es zu schützen, insbesondere da sich vermutlich einige von ihnen in einer persönlich äußert vulnerablen Situation, etwa wegen Spielsucht oder Schulden, befinden.

Auch wenn wir bei der Überwachung noch Zweifel haben, überwiegt für uns das Ziel, illegale Anbieter wirksam zu bekämpfen. Deshalb stimmen wir dem

Antrag zu und senden damit ein klares Signal an den Bund: Gehen Sie stärker gegen illegales Glücksspiel vor!